

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Das Permanenzkomitee beschäftigte sich in seiner am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung mit der Zirkularverordnung des k. u. k. Kriegsministeriums vom 4. September d. J., womit erläuternde Weisungen zur kaiserl. Verordnung über Militärlieferungsverträge erlassen wurden, und nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß zumindestens jene seinerzeit zur kaiserl. Verordnung gestellten Anträge, die im Verordnungswege zu verwirklichen waren, tatsächlich berücksichtigt wurden. Es wurde ferner beschlossen, die übrigen Anträge, welche auf eine Abänderung der kaiserl. Verordnung selbst abzielten, sofort wieder aufzugreifen, wenn sich dies mit Rücksicht auf die Handhabung der Verordnung als notwendig erweisen sollte. Schließlich gab das Permanenzkomitee seinem Danke an das Justizministerium und das Handelsministerium für die erfolgreiche Mitwirkung in dieser Angelegenheit lebhaften Ausdruck.

Der Bericht über die Enquete, betreffend das am 17. September 1915 erlassene neuerliche Moratorium für Galizien und die Bukowina wurde mit dem Bedauern zur Kenntnis genommen, daß für die Entscheidung dieser auch für den Kreditverkehr so wichtigen Frage offensichtlich nicht so sehr wirtschaftliche, als politische Momente als ausschlaggebend erachtet wurden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf den Geschäftsverkehr mit Russisch-Polen, der zwar noch immer zahlreichen Schwierigkeiten unterworfen ist, die jedoch dank dem Entgegenkommen der berufenen militärischen Stellen nach und nach möglichst behoben werden. Das Permanenzkomitee nahm einen bezüglichen Bericht, sowie Mitteilungen über die gegenwärtigen Möglichkeiten, Aufstände in den unter österreichischer und deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands einzutreiben, sowie über den Post- und Reiseverkehr und die Organisation des Gerichtswesens in den besetzten Gebieten zur Kenntnis. Hierauf beschäftigte sich das Permanenzkomitee mit den gegen feindliche Staaten erlassenen Zahlungsverboten, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge, um den mehrfachen, in kaufmännischen Kreisen bestehenden Zweifeln zu begegnen, eine entsprechende Klarstellung vorzunehmen. Die bereits wiederholt vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Erweiterung des Lastentransportes durch die städtischen Straßenbahnen wurden neuerlich aufgenommen, und so wurden die Mitteilungen des Vizebürgermeisters Hierhammer beifällig aufgenommen, wonach die Gemeinde Wien in dieser Frage das weitgehendste Entgegenkommen erweise und die Straßenbahnen in starkem Maße besonders für die Beförderung von Kohle herangezogen werden.

Weitere Verhandlungsgegenstände bildeten gewisse Schwierigkeiten des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande, die Fahrtverweigerung des Wiener Plafuhrwerkes, die Abschreibung der Hauszinssteuer für infolge Einrückung landsturmpflichtiger Personen gesperrte Betriebe, sowie die Frage der Errichtung von Mieter-Darlehenskassen.